



Unsichere Pillen

Zu billig produziert, zu teuer verkauft. Seite 2

Foto: 123rf/Jonathan Vasata

Vorsicht vor den Dinos

Zwei Absteiger bringen die 2. Bundesliga in eine wirtschaftliche Schieflage. Seite 18

Nicht nur Studenten

1968 rebellierten auch Lehrlinge gegen alte Strukturen. Seite 10

Foto: wikimedia/Hennercrusius (CC 3.0)



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 3. August 2018

73. Jahrgang/Nr. 179

Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Raus aus Afrin!

Nelli Tügel über den jüngsten Bericht von Amnesty International

Sie plündern und foltern, entführen Zivilisten, besetzen Schulen. Die Rede ist von islamistischen Milizen, die unter Führung und Aufsicht der türkischen Armee im März dieses Jahres nach mehrwöchigem Angriffskrieg das nordsyrische Afrin besetzt, die linken, vor allem kurdischen Milizen YPG und YPJ vertrieben und die Selbstverwaltungsstrukturen zerschlagen haben. Mehr als Hunderttausend Menschen sind geflohen; wer zurückkehrt, findet nicht selten seine Wohnung oder sein Ladengeschäft beschlagnahmt.

All dies ist hinlänglich bekannt durch zahlreiche Berichte von Betroffenen. Nun hat die Menschenrechtsorganisation Amnesty International die Vorwürfe gegen das NATO-Mitglied Türkei bestätigt. Und wie es manchmal so ist, erhält durch die Bekanntmachung einer westlichen NGO eine bis dahin nicht dagewesene Aufmerksamkeit, was viele zuvor schon beklagten. Und nun? Dass deutsche Leopardpanzer dabei waren, als die Besatzer in Afrin einmarschierten, und dass gerade erst – weitere – Milliarden im Rahmen des EU-Türkei-Deals an Ankara überwiesen wurden, verweist auf die Mitverantwortung der deutschen Regierung und Europas an den von AI dokumentierten Verbrechen in Afrin. Aber es reicht nicht, dies immer wieder zu skandalisieren, oder – wie AI es tut – von der Türkei zu fordern, als Besatzer »verantwortungsvoll« zu handeln. Die türkische Regierung hat oft genug bewiesen, dass solcherlei Appelle ihr völlig egal sind. Der Bericht von AI lässt nur einen Schluss zu: Die türkische Armee und ihre Verbündeten müssen raus aus Afrin.

UNTEN LINKS

Wenn es der Mensch in den letzten Jahrzehnten zu etwas gebracht hat, dann ist es hoch effektives **Zeitmanagement**. Weil das aber dank einflussreicher Soziologen inzwischen auch wieder schlechtgeredet und mit dem Gegenwurf der sogenannten Entschleunigung diskreditiert wird, hat sich die Speerspitze der Bewegung etwas Neues einfallen lassen: Plogging. Dagegen kann nun wirklich niemand was haben. Selbstoptimierung gepaart mit ökologischem Bewusstsein. Nimm das, ewig gestrige Plastiktütencouchpotatoe! Die Kombination aus schnellem Laufen (joggen) und Müllsammeln stammt natürlich aus Schweden (plocka = etwas aufheben). Und so laufen Menschen in Bonn, Hamburg und Düsseldorf seit Wochen durch Parks, bewaffnet mit Mülltüten (hoffentlich aus Maisstärke) und Handschuhen. Sportwissenschaftler warnen jedoch: Hastiges Abstoppen geht auf die Gelenke (Kniearthrose) und beim Bücken immer schön in die Hocke gehen, das entlastet den Rücken. cod

Bem-vindo! Willkommen!

In Portugal werden Flüchtlinge von der Regierung aktiv umworben



Syrische Flüchtlinge werden bei ihrer Ankunft in Lissabon von Einwohnern herzlich in Empfang genommen.

Foto: Reuters/Hugo Correia

Berlin. »Wenn wir nicht wollen, dass ganze Gebiete Portugals sich in den nächsten zehn Jahren entleeren, brauchen wir eine aktive Einwanderungspolitik. Wir müssen auf die Flüchtenden zugehen.« Die Worte stammen von Portugals Umweltminister João Pedro Matos Fernandes, und sie finden große Zustimmung in dem Land auf der iberischen Halbinsel. Portugal liegt nicht auf der Route von Flüchtenden aus Afrika oder Nahost. Andererseits finden sich in dem südwesteuropäischen Land ganze Landstriche, die kaum noch besiedelt sind. Die Jugend geht weg, alte Menschen bleiben.

Portugals Mitte-links-Regierung unter Führung des Sozialdemokraten António Costa will aus der Not eine Tugend machen: Um verlassene Landstriche wieder zu besiedeln, wirbt sie aktiv Flüchtlinge an. Widerspruch erntet die Regierung dafür nicht, es gibt einen breiten parteiübergreifenden Konsens, der von der Bevölkerung in übergroßer Mehrheit mitgetragen wird. Die Strategie führte daher auch nicht zu einer großen Welle der Fremdenangst, und keine Partei versuchte bisher, die Pläne zu instrumentalisieren, um mit Fremdenfeindlichkeit und dem Schüren von Ängsten auf Stimmenfang zu gehen.

Noch kommen allerdings wenige Flüchtlinge aus Kriegsgebieten und Diktaturen. Bis Ende 2017 erreichten Portugal nur 1520 Menschen aus Syrien, Irak und Eritrea. Und davon ist über die Hälfte wieder abgereist – in Länder, in denen es schon Diaspora-Gemeinden gibt und wo der Arbeitsmarkt potenziell mehr hergibt als im armen Portugal, wo der offizielle Mindestlohn bei 3,36 Euro liegt. Dagegen ist das Land im europäischen Südwesten ein Anziehungspunkt für viele tausend Migranten aus Asien – und für Agrikonzern, die deren billige Arbeitskraft ausbeuten. nd

Seite 3

Nur Taschengeld für NS-Opfer im Heim

Familie von Ludwig Baumann soll Geld zurückzahlen / LINKE kündigt parlamentarische Initiative an

Die LINKE drängt auf eine Reform der Härtefallregelungen für NS-Opfer. Auslöser ist eine Geldforderung an die Familie des verstorbenen Wehrmachtsdeserteurs Ludwig Baumann.

Von Uwe Kalbe

Die Nachricht vom Tod Ludwig Baumanns ist noch keinen Monat alt. Der langjährige Vorsitzende der »Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz« hatte bis ins hohe Alter dafür gekämpft, dass Wehrmachtsdeserteuren und anderen NS-Opfergruppen endlich gesellschaftliche Genugtuung widerfuhr. Diffamierung und Herabsetzung schienen beendet, als in mehreren Stufen 1998, 2002 und 2009 die Rehabilitierung, am Ende auch die der angeblichen Kriegsverräter, erfolgte. Jetzt zeigt sich, wie brüchig diese vermeintliche Anerkennung weiterhin ist. Und es zeigt sich ausgerechnet am Fall Ludwig Baumanns.

Mit Datum vom 17. Juli 2018 teilte die Zolldirektion in Köln Baumann mit, dass seine Opferrente gekürzt werde und er bereits unberechtigt 4157,46 Euro erhalten habe. Grund sei sein Umzug im März 2017 in ein Pflegeheim. Die Härterichtlinien des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes sehen für Heimbewohner nur ein sogenanntes Heimtaschengeld vor, das sich derzeit auf 352 Euro beläuft – rund 300 Euro weniger, als Baumann zuvor erhielt. Dem 96-Jährigen blieb diese Erkenntnis hoffentlich erspart, denn er verstarb einige Tage, bevor die amtliche Mitteilung verfasst wurde. Die Generalzolldirektion Köln erläutert darin weiter, dass die Beihilfe bis zur Tilgung der Schuld eingestellt werde – bis zum 30. April 2019. Ein zweites Schreiben ging wenig später an Baumanns Sohn Andre. Darin wird die Rückzahlung von 3453,46 Euro gefordert – der Behörde sei die Todesnachricht jetzt bekannt geworden.

Die Familie habe nun das Geld zurückerzahlen, reduziert um zwei Monatsbeträge, weil das Amt die Zahlungen bereits im Mai eingestellt habe.

Die Bundesvereinigung der NS-Militärjustizopfer verlangt empört eine Gesetzeskorrektur; NS-Opferrenten müssten lebenslang ungekürzt bleiben. Und die LINKE im Bundestag hat sich das Anliegen bereits zu eigen gemacht. »Wir fordern, dass die Opferrenten für Heimbewohner nicht gekürzt werden und das Finanzministerium auf jegliche Rückzahlungsforderungen verzichtet«, erklärten Jan Korte, Parlamentarischer Geschäftsführer, und Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion. Sie kündigten eine parlamentarische Initiative an. Nur weil die Betroffenen ins Pflegeheim müssten, werde ihr erlittenes Unrecht ja nicht kleiner.

In Auschwitz-Birkenau fühlte sich am Donnerstag die EU-Menschenrechtskommissarin Dunja

Mijatovic veranlasst zu mahnen: Über die Pflicht zum Erinnern hinaus gelte die Pflicht zu handeln. Erinnern allein reiche nicht, um sich dem Hass entgegen zu stellen, der so viel Leid über Menschen gebracht habe, nur weil sie Juden oder Roma waren oder nicht in die monströsen Pläne des Nazi-Regimes gepasst hätten. Sie sagte es anlässlich des Roma-Gedenktages am 2. August. Ludwig Baumann hätte ihr zugestimmt.

Lesen Sie morgen im wochen-nd

Kleinbauer gegen RWE: Besuch in den Anden

Wetter wie in Italien: Klima und Ackerbau

Existenz per Losglück: Mein Grundeinkommen

Amnesty: Schwere Verbrechen in Afrin

Organisation appelliert an Türkei

Damaskus. Die Türkei ist nach Informationen von Amnesty International für schwere Menschenrechtsverletzungen in der besetzten Stadt Afrin verantwortlich. Die Bewohner des kurdisch geprägten nordsyrischen Ortes erlitten willkürliche Festnahmen, das sogenannte Verschwindenlassen von Angehörigen, die Beschlagnahmung ihres Eigentums, Folter und Plünderungen, erklärte die Menschenrechtsorganisation am Donnerstag.

Die Verbrechen würden von islamistischen Milizen ausgeführt, die mit der Türkei verbündet sind und mit deren Hilfe die türkischen Streitkräfte die Region an ihrer Grenze beim Einmarsch im Januar unter Kontrolle gebracht hatten. »Die Türkei ist die besetzende Macht in Afrin und damit für das Wohl der Zivilisten verantwortlich«, sagte Lynn Maalouf von Amnesty. Ankara ignoriere die Menschenrechtsverletzungen seiner Verbündeten, obwohl die Armee vor Ort präsent sei. Die Türkei müsse die Verbrechen beenden und für »Recht und Ordnung« sorgen, so Maalouf. dpa/nd

Seite 7

Auf neuen Straßen zum Kohleausstieg

Bundesarbeitsminister stellt Plan zu Strukturwandel vor

Berlin. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat einen Sechs-Punkte-Plan für den Strukturwandel in Braunkohleregionen vorgelegt. Der SPD-Politiker brachte in einem Gastbeitrag für die »Wirtschaftswoche« (Freitag) einen Sonder-Bundesverkehrswegeplan ins Gespräch, der Straßen-, Schienen- und Digitalprojekte in den Regionen für eine zügigere Umsetzung höher einstufen würde. »Wir müssen nicht nur für die mehr als 20 000 Menschen Perspektiven schaffen, die derzeit direkt in der Braunkohleindustrie in Deutschland Arbeit haben, sondern für die gesamten Regionen«, schrieb Heil.

Eine Kommission soll bis Ende des Jahres einen Ausstieg aus der Kohle ausarbeiten und Vorschläge für Finanzierung und Gestaltung des Strukturwandels in Regionen wie der Lausitz und dem Rheinischen Revier vorlegen. Die Infrastruktur dort soll Heil zufolge gezielt verbessert werden. Die Bundesregierung müsse in Brüssel besondere Förderbedingungen aushandeln, da der Kohleausstieg den europäischen Klimaschutzzielen diene. dpa/nd

ISSN 0323-3375

